

<b>Zeitschrift:</b>	Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
<b>Herausgeber:</b>	Auslandschweizer-Organisation
<b>Band:</b>	48 (2021)
<b>Heft:</b>	2
<b>Rubrik:</b>	Schweizer Zahlen : das Matterhorn wächst weiter - und wird doch nicht höher

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 14.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### Das Matterhorn wächst weiter – und wird doch nicht höher

# 1,5

Das heute 4478 m hohe Matterhorn wächst rund 1,5 Zentimeter pro Jahr. Eigentlich müsste es längst schon 12 000 Meter hoch sein. Nur schmiegt Wind und Wetter den markanten Berg laufend ab – und zwar um ebenfalls rund 1,5 Zentimeter pro Jahr.

# 62 000 000 000 000

Aber warum wächst das Matterhorn? Es geht sich zur Hauptsache in die Höhe, weil vor 18 000 Jahren der dicke Eisdeckel über den Alpen wegschmolz. Weil die einst 62 Billionen Tonnen schwere Eiskappe auf den Alpen heute fehlt, ist die ganze Bergkette leichter und die Erdkruste federt zurück. Darum wachsen die Alpen dort am stärksten, wo die Eiskappe am dicksten war.

# 6

Nicht zuoberst auf dem Gipfel ist die Schweiz als Wirtschaftsstandort. Das zeigt eine neue Studie des Mannheimer Wirtschaftsforschungsinstituts ZEW: Unter den 21 untersuchten Industriekulturen ist die Schweiz auf den 6. Rang abgerutscht. Vor einem Jahrzehnt lag sie noch auf Rang 2. Negativ bewertet wurde etwa die Regulierungsichte in der Schweiz.

# 2

Aber Lebensqualität wird nicht allein von der Wirtschaftsfreundlichkeit einer Nation geprägt. Darum sei hier subito ein weiteres Ranking zitiert: Der von den Instituten Fraser (CAN) und Cato (USA) errechnete Index der persönlichen Freiheiten («Freedom-Index») zeigt die Schweiz auf Rang 2 von 162 untersuchten Ländern. Zuoberst liegt Neuseeland. Zuunterst Syrien. Was die Studie auch zeigt: Zwischen persönlicher Freiheit und Wohlstand gibt es durchaus einen Zusammenhang.

# 0

Apropos Wohlstand: Rund ein Viertel der Schweizer Haushalte weist ein Vermögen von null Franken aus. Gut die Hälfte der Haushalte besitzt bis zu 50 000 Franken. Damit wir unter dem Strich auf eine «reiche Schweiz» kommen, braucht es also noch Superreiche: 0,38 Prozent der Haushalte weisen Vermögen von 10 Millionen und mehr aus – und besitzen zusammen gut 30 Prozent des Gesamtvermögens der Schweiz. Was die Corona-Pandemie bis jetzt zeigt: Die ungleiche Verteilung akzentuiert sich weiter.

ZAHLENRECHERCHE: MARC LETTAU

### Anti-Terror-Gesetz

Das Gesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ermöglicht es den Justizbehörden, gegen Personen ab 15 Jahren einen Hausarrest zu verfügen. Auch sind polizeiliche Massnahmen bereits bei Kindern ab 12 Jahren möglich. Dagegen wenden sich mehrere Jungparteien von links bis rechts. Sie kritisieren die Vorlage als «Frontalangriff auf den Rechtsstaat».

TP

### Covid-19-Gesetz

Die gesetzliche Grundlage für die vom Bundesrat zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie ergriffenen Notmassnahmen ist bereits in Kraft und gilt bis Ende 2021. Trotzdem haben die «Freunde der Verfassung» dagegen das Referendum ergriffen. Aus ihrer Sicht ist das Gesetz unnötig, unethisch und gefährlich. Sie befürchten, dass mit dem Gesetz weitere «zerstörerische Regierungsdiktate» legitimiert werden.

TP

stand. Deshalb hat ein Wirtschaftskomitee mit Unterstützung der SVP das Referendum gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz ergriffen.

Aus Sicht der Gegner «kostet das Gesetz viel und bringt nichts», wie das Referendumskomitee schreibt. Bevölkerung, Wirtschaft und Gewerbe dürften nicht noch stärker finanziell belastet werden. Der mächtige Wirtschaftsdachverband Economiesuisse steht jedoch hinter dem CO<sub>2</sub>-Gesetz. Er hat seinerseits ein «Klimaprogramm Schweizer Wirtschaft» erarbeitet, um zu zeigen, dass Unternehmen mit Innovationen und effizienter Technologie «Teil der Lösung» seien. Von der Investition erneuerbarer Energien erhoffen sich viele Unternehmen Aufträge. Der Bund rechnet für die nächsten 30 Jahre mit einem Investitionsvolumen von bis zu 1400 Milliarden Franken.

### Grüne Fundamentalkritik

Kritik am CO<sub>2</sub>-Gesetz kommt jedoch auch von Westschweizer Sektionen der Klimabewegung, denen die Mass-

nahmen zur Reduktion der Treibhausgase viel zu wenig weit gehen. Aus ihrer Sicht zementiert die Vorlage sogar die «bestehenden klimazerstörerischen und ungerechten Strukturen». Das Komitee «für einen sozialen und konsequenten Klimaschutz» brachte jedoch nur 7000 Unterschriften gegen die Vorlage zusammen. Denn die nationale Klimastreikbewegung machte beim Referendum nicht aktiv mit, weil sie den «kleinen Fortschritt» nicht gefährden wollte. Sie verlangt jedoch weiterhin das Erreichen eines Netto-null-Ziels bereits im Jahre 2030 – also 20 Jahre früher, als dies der Bundesrat anpeilt.

Bei einer Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes an der Urne würde im Wettlauf gegen den Klimawandel weitere kostbare Zeit verlorengehen. Laut Umweltministerin Sommaruga müssten dann in Zukunft noch drastischere Massnahmen ergriffen werden, um die in Paris vereinbarten Klimaziele zu erreichen.